



VOX-Analyse Februar 2025

Nachbefragung und Analyse
zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 9. Februar 2025

Projektteam

Lukas Golder: Co-Leiter

Tobias Keller: Projektleiter und Teamleader Data Analytics

Corina Schena: Projektleiterin

Sara Rellstab: Data Scientist

Jenny Roberts: Junior Data Scientist

Margret Tschanz: Projektmitarbeiterin / Administration

Roland Rey: Projektmitarbeiter / Administration

Inhaltsverzeichnis

1	DIE ZENTRALEN BEFUNDE	4
2	DIE BETEILIGUNG	6
3	DIE MEINUNGSBILDUNG	10
3.1	Die Bedeutung der Vorlage.....	10
3.2	Die Verständnisschwierigkeiten und der Entscheidungszeitpunkt	11
3.3	Die Informationsgewinnung	11
4	UMWELTVERANTWORTUNGSINITIATIVE.....	14
4.1	Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen	14
4.2	Der Stimmentscheid nach politischen und sozialen Merkmalen	15
4.3	Die Motive	18
4.4	Die Resonanz der Abstimmungsargumente	21
5	ANHANG	24
5.1	Technischer Bericht	24
5.2	Über die Studie	28
5.3	gfs.bern-Team	30

1 Die zentralen Befunde

Am 9. Februar 2025 wurde über die Umweltverantwortungsinitiative der Jungen Grünen abgestimmt. Während Sympathisierende der Grünen fast geschlossen und der SP mehrheitlich für die Initiative gestimmt haben, gab es wenig Zuspruch von Sympathisierenden der Parteien der politischen Mitte und so gut wie keine Zustimmung von FDP- und SVP-Sympathisierenden. Damit war die Initiative chancenlos. Insgesamt zeigte sich auch ein klarer Graben zwischen links und rechts, wobei auf beiden Seiten ähnlich stark mobilisiert werden konnte – insbesondere bei Sympathisierenden der FDP und der Grünen. Als Motive für das Nein wurden vor allem die Radikalität der Initiative sowie Befürchtungen von negativen Konsequenzen für den Wirtschaftsstandort Schweiz angeführt. Obwohl auch viele Gegnerinnen und Gegner Handlungsbedarf im Umweltbereich verorten, überwiegen für sie Überlegungen zu den Lebenshaltungskosten, zur Wirtschaftsentwicklung sowie zur Einschränkung des gewohnten Lebensstandards. Dies belegen die Resultate der Befragung von 3'437 Stimmberechtigten der VOX-Analyse Februar 2025. Die Studie wurde von gfs.bern durchgeführt und von der Bundeskanzlei finanziert.

Umweltprobleme werden anerkannt, aber Risiken für die Wirtschaft und die Preisentwicklung fallen stärker ins Gewicht

Umweltverantwortungsinitiative

Die Volksinitiative «Für eine verantwortungsvolle Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen (Umweltverantwortungsinitiative)» forderte, dass der Ressourcenverbrauch und der Schadstoffausstoss der Schweizer Wirtschaft nur so gross sein darf, dass der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen gewährleistet werden kann. Innerhalb von zehn Jahren sollten geeignete Massnahmen umgesetzt werden, um dieses Ziel zu erreichen. Bundesrat und Parlament sprachen sich gegen die Vorlage aus, da sie höhere Lebenshaltungskosten, Einschränkungen des gewohnten Lebensstandards sowie eine Schwächung des Wirtschaftsstandorts Schweiz befürchteten. Im Einklang mit der Empfehlung von Bundesrat und Parlament lehnte das Stimmvolk die Initiative am 9. Februar 2025 mit einem Ja-Anteil von 30,3 Prozent ab.

Die Umweltverantwortungsinitiative fand im linken Lager mehrheitliche Zustimmung, vermochte jedoch nicht in der politischen Mitte und im rechten Spektrum zu überzeugen. Die starke Mobilisierung von «Rechtsaussen», welche das Vorhaben überwiegend ablehnte, trug zum tiefen Ja-Anteil auf nationaler Ebene bei. Ein weiterer bedeutender Faktor für den Stimmentscheid war das Umweltbewusstsein. Personen, die den Umweltschutz höher gewichteten als den wirtschaftlichen Wohlstand, stimmten klar für die Initiative, während Personen, die den Wohlstand priorisieren, grossmehrheitlich dagegen waren. Auch das Vertrauen in Umweltverbände und Klima-Aktivistinnen und -Aktivisten spielte eine Rolle: Stimmberechtigte, die sehr hohes Vertrauen in diese Akteure haben, nahmen die Initiative deutlich an. Hingegen stimmten auch Personen, die (sehr) hohes Vertrauen in die Wissenschaft haben, mehrheitlich gegen die Umweltverantwortungsinitiative.

Die wichtigsten Nein-Motive betrafen die Umsetzung der Initiative. Die Nein-Stimmen argumentierten, dass die Initiative zu extrem oder gar nicht umsetzbar sei. Auch

negative wirtschaftliche Konsequenzen wurden von relativ vielen Gegnerinnen und Gegnern befürchtet. Der Problemdruck im Umweltbereich wurde von der Stimmbevölkerung jedoch anerkannt, was sich unter anderem darin ausdrückt, dass einige Pro-Argumente zur Initiative höhere Zustimmungsraten erreichten als die Kontra-Argumente. Obwohl auch viele Nein-Stimmende der Meinung waren, dass die Umweltzerstörung sich schon heute in Form von Extremwetterereignissen bemerkbar macht und dass Grosskonzerne mehr Verantwortung für ihre negative Einflüsse auf die Umwelt übernehmen sollten, gewichteten sie bei der Beurteilung der Umweltverantwortungsinitiative Überlegungen zur Wirtschaftsentwicklung und zu den Lebenshaltungskosten höher.

Tiefe Beteiligung mit überdurchschnittlicher Mobilisierung von Rechtsaussen

Die Beteiligung

Die Beteiligung am 9. Februar 2025 war mit rund 38 Prozent im langjährigen Vergleich tief.

Stimmende, die sich rechtaussen verorten, nahmen am häufigsten an der Abstimmung teil. Die Mobilisierung im politischen Zentrum war hingegen tief. Die Stimmberechtigten bewerteten die Umweltverantwortungsinitiative, die als einzige Vorlage zur Abstimmung kam, als durchschnittlich wichtig. Das Vorhaben war für die meisten leicht verständlich und die Meinungsbildung fand grösstenteils vor Beginn des Abstimmungskampfs statt.

Die Abstimmungsvorlagen

An der Abstimmung vom 9. Februar 2025 hatte das Schweizer Stimmvolk über eine Vorlage zu entscheiden: die Umweltverantwortungsinitiative.

2 Die Beteiligung

Am 9. Februar 2025 haben die Schweizer Stimmberechtigten über die folgende Vorlage abgestimmt:

1. Volksinitiative «Für eine verantwortungsvolle Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen (Umweltverantwortungsinitiative)»

Die Stimmbeteiligung betrug 38.1 Prozent.¹

Nachdem die neue Legislatur im März 2024 am Abstimmungssonntag mit einer überdurchschnittlichen Beteiligung von über 58 Prozent gestartet ist, hat sich die Teilnahme im Verlauf des Jahres 2024 bei rund 45 Prozent eingependelt. Die Beteiligung am ersten Abstimmungstermin 2025 fällt im Vergleich dazu deutlich tiefer aus.

In Tabelle 1 wird die geschätzte Stimmbeteiligung anhand einiger ausgewählter soziodemografischer Merkmale ausgewiesen. Jüngere nehmen in hohem Mass je nach Vorlagen-Interesse teil, während gerade bei älteren Männern die Teilnahme noch als Bürgerpflicht verstanden wird. Das erklärt weiterhin die hohen Unterschiede nach Alter. Zwischen den Geschlechtern insgesamt fallen die Unterschiede hinsichtlich der Beteiligung vernachlässigbar klein aus. Klar überdurchschnittlich haben sich Frauen und Männer ab 65 Jahren beteiligt (52% bzw. 59%). Klar unterdurchschnittlich fiel die Stimmbeteiligung in der Altersgruppe der 18- bis 39-jährigen Frauen (28%) bzw. Männer (26%) aus. Während die Beteiligung bei den Männern mit zunehmendem Alter beinahe linear ansteigt, ist der Zuwachs bei den Frauen erst ab 60 Jahren deutlich erkennbar.

Ein akademischer Bildungshintergrund befördert wie üblich die systematische Beteiligung unabhängig vom Interesse an den einzelnen Vorlagen.

¹ [Link zu bfs.admin.ch](https://bfs.admin.ch)

Tabelle 1: geschätzte Beteiligung nach soziodemographischen Merkmalen (in % der Stimmberechtigten)

Merkmale	Stimmbeteiligung (%) (gewichtet)	N	Cramér's V / Standardfehler
total	38.1	3377	
Alter			V=0.22***
18-29 Jahre	27	464	± 4
30-39 Jahre	27	453	± 4.1
40-49 Jahre	32	568	± 3.8
50-59 Jahre	35	635	± 3.7
60-69 Jahre	46	615	± 3.9
70 Jahre und älter	56	642	± 3.8
Geschlecht			V=0.02
Männer	39	1594	± 2.4
Frauen	37	1783	± 2.2
Geschlecht und Alter			V=0.23***
Frauen / 18-39	28	492	± 4
Männer / 18-39	26	425	± 4.2
Frauen / 40-65	34	805	± 3.3
Männer / 40-65	36	730	± 3.5
Frauen / 65+	52	486	± 4.4
Männer / 65+	59	439	± 4.6
Bildungsgrad			V=0.1***
ohne nachobligatorische Bildung	29	373	± 4.6
berufliche Grundbildung/Berufslehre	36	1134	± 2.8
Maturität/höhere Berufsbildung	42	837	± 3.3
Fachhochschule/Uni/ETH/Doktorat	44	891	± 3.3
Haushaltseinkommen			V=0.1***
bis 3'000 CHF	26	183	± 6.4
3'000-5'000 CHF	34	389	± 4.7
5'000-7'000 CHF	36	539	± 4.1
7'000-9'000 CHF	37	487	± 4.3
9'000-11'000 CHF	39	443	± 4.5
über 11'000 CHF	45	780	± 3.5

Angegeben ist jeweils die ungewichtete Anzahl Befragter (n) in jeder Merkmalsgruppe (Konfidenzniveau = 95%).

Cramér's V-Tests (auf die Abhängigkeit der Variablen, d.h. H0: V=0) und Standardfehler. *** = p < 0.001, ** = p < 0.01, * = p < 0.05.

Die politische Orientierung und die politische Bindung sind von grösserer Bedeutung als die soziodemographischen Hintergründe der Befragten, um die Mobilisierung zu erklären (Tabelle 2).

Auf den ersten Blick zeigt die Mobilisierung nach den politischen Lagern, dass Personen in der politischen Mitte deutlich weniger mobilisiert waren als andere Stimmende. Personen, die sich «rechtsausen» einordnen, waren mit Abstand am stärksten mobilisiert (52%). Die Mobilisierung nach Parteisympathie lässt einerseits eine verstärkte Mobilisierung der FDP-nahen Stimmberechtigten (51%) und andererseits der Grünen-Anhänger:innen (49%) erkennen. Bei den Sympathisierenden der anderen grossen Parteien (SVP, Mitte, GLP, SP) betrugen die Anteile jeweilig rund 40 Prozent. Die Mobilisierung von Personen, die anderen Parteien nahestehen (35%), und insbesondere von Personen, die mit keiner Partei sympathisieren (22%), fiel deutlich tiefer aus. Weiterhin zeigt sich, dass mit höherem politischen Interesse eine wahrscheinlichere Abstimmungsteilnahme einherging. Stimmberechtigte mit einem sehr hohen Vertrauen in den Bundesrat haben ebenso überdurchschnittlich stark partizipiert.

Tabelle 2: Beteiligung nach politischen Merkmalen (in % der Stimmberechtigten)

Merkmale	Stimmbeteiligung (%) (gewichtet)	N	Cramér's V / Standardfehler
Total	38.1	3377	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V=0.14***
linkausen (0-2)	45	359	± 5.2
links (3,4)	42	583	± 4
Mitte (5)	32	853	± 3.1
rechts (6,7)	41	666	± 3.7
rechtsausen (8-10)	52	490	± 4.4
Parteisympathie			V=0.16***
SVP	41	672	± 3.7
FDP	51	446	± 4.6
Die Mitte	41	402	± 4.8
GLP	42	181	± 7.2
SP	40	543	± 4.1
Grüne	49	199	± 7
andere Partei	35	213	± 6.4
keine	22	348	± 4.4
Politisches Interesse			V=0.42***
sehr interessiert	72	557	± 3.7

Merkmale	Stimmbeteiligung (%) (gewichtet)	N	Cramér's V / Standardfehler
eher interessiert	47	1633	± 2.4
eher nicht interessiert	19	900	± 2.6
überhaupt nicht interessiert	6	227	± 3.1
Vertrauen in den Bundesrat			V=0.05
sehr gering bis gering (0-4)	36	554	± 4
mittel (5)	36	731	± 3.5
hoch (6-7)	39	873	± 3.2
sehr hoch (8-10)	42	1002	± 3.1

Wie schon an vielen Abstimmungen bisher gab eine relative Mehrheit der Stimmbevölkerung, die nicht abgestimmt hat, an, dass sie vergessen haben teilzunehmen (35%) resp. verhindert waren (22%). 15 Prozent gaben an, dass sie sich nicht entscheiden konnten. 10 Prozent begründeten ihre Nicht-Teilnahme damit, dass sie die Abstimmungsthemen nicht interessiert haben. Weitere 9 Prozent fanden die Abstimmungsthemen zu kompliziert. 6 Prozent denken, dass Abstimmungen an sich keine Änderung herbeiführen können. Als andere Gründe wurden der fehlende Nutzen der einzelnen Stimme (6%) und die prinzipielle Nicht-Teilnahme an Abstimmungen (5%) genannt. Am wenigsten häufig wurde einerseits der bereits klare Ausgang der Abstimmung (4%) und andererseits das Misstrauen in demokratische Prozesse erwähnt (2%).

Tabelle 3: Gründe für die Nicht-Teilnahme an der Abstimmung (in % der Nicht-Teilnehmenden)

Gründe für Nicht-Teilnahme	Anteil (%)	N
Ich habe vergessen, an der Abstimmung teilzunehmen	35	494
Ich war verhindert	22	298
Ich konnte mich nicht entscheiden	15	207
Die Abstimmungsthemen haben mich nicht interessiert	10	126
Die Abstimmungsthemen waren zu kompliziert	9	129
Ich bin der Meinung, dass Abstimmungen sowieso nichts ändern	6	98
Ich bin der Meinung, dass es auf meine einzelne Stimme sowieso nicht ankommt	6	71
Ich nehme aus Prinzip nie an Abstimmungen teil	5	76
Ich bin davon ausgegangen, dass das Abstimmungsergebnis klar gewesen ist	4	64
Ich misstraue demokratischen Prozessen	2	37
weiss nicht / keine Angabe	6	89

Die Fallzahl der Nicht-Teilnehmenden beträgt 1399. Mehrfachnennungen waren möglich.

3 Die Meinungsbildung

3.1 Die Bedeutung der Vorlage

Die befragten Personen wurden gebeten, die Bedeutung der Vorlage für sie persönlich anzugeben (Tabelle 4). Im Mittel betrug diese auf einer Skala von 0-10 für die Umweltverantwortungsinitiative 5.9. Die Vorlage war aus Sicht der Stimmbevölkerung durchschnittlich bedeutend.

Tabelle 4: persönliche Bedeutung der Vorlage
(Anteile Bedeutungswahrnehmung in % der Ja- oder Nein-Stimmenden)

Bedeutungsniveau	Umweltverantwortungsinitiative	
	Stimmende in %	n
sehr gering (0-1)	12	202
gering (2-4)	18	338
mittel (5)	13	238
hoch (6-8)	35	651
sehr hoch (9-10)	22	384
Mittelwert (total)	5.9	1813

Bemerkungen: Es fliessen nur Personen in die Auswertung ein, die entweder Ja oder Nein stimmten. Weiss-nicht-Antworten und Antwortverweigerungen wurden nicht berücksichtigt. Gewichtete Resultate: Aufgrund von Rundungen kann das Total geringfügig von 100 Prozent abweichen.

3.2 Die Verständnisschwierigkeiten und der Entscheidungszeitpunkt

Verständnisschwierigkeiten waren bei der Umweltverantwortungsinitiative nur minderheitlich vorhanden. Lediglich 23 Prozent gaben an, die Vorlage eher schwer verständlich gefunden zu haben. Für 77 Prozent war sie eher leicht verständlich.

Tabelle 5: Verständnisschwierigkeit (in % der Stimmenden)

Verständnisschwierigkeiten	Umweltverantwortungsinitiative	
	Stimmende in %	n
eher leicht	77	1287
eher schwer	23	410
N (total)		1697

Die Befragten gaben zudem an, wann sie sich für ein «Ja» oder «Nein» entschieden haben (Tabelle 6). Eine deutliche Mehrheit von 69 Prozent wusste von Anfang an, ob sie «Ja» oder «Nein» zur Umweltverantwortungsinitiative stimmen würden. 23 Prozent entschieden sich während des Abstimmungskampfes und 8 Prozent im letzten Moment.

Tabelle 6: Entscheidungszeitpunkt (in % der Stimmenden)

Entscheidungszeitpunkt	Umweltverantwortungsinitiative	
	Stimmende in %	n
von Anfang an klar	69	1215
während Abstimmungskampf	23	426
im letzten Moment	8	171
N (total)		1812

3.3 Die Informationsgewinnung

Die Informationskanäle, mit denen sich die Stimmenden über die Abstimmungsvorlagen informiert haben, entsprechen grundsätzlich dem Bild vorhergehender Abstimmungen (Tabelle 7). Zum einen wird der Anteil der Nutzenden angegeben, zum anderen die Intensität (Skala: 1–10), mittels der diese sich mit diesem Medium informiert haben.

Artikel in Zeitungen (85%), das Bundesbüchlein (84%) und Abstimmungssendungen im Fernsehen (73%) weisen als die drei zentralen Informationskanäle die höchsten Prozentwerte an Nutzungsanteilen auf. Diese Quellen wurden mit Mittelwerten von 6.0 bis 6.8 auch intensiver als alle übrigen beachtet.

News-Seiten im Internet folgen mit einem Nutzungsanteil von knapp zwei Dritteln (64%). Knapp dahinter folgen mit 60 Prozent Abstimmungssendungen am Radio sowie Abstimmungszeitungen oder Flyer. Leserbriefe oder Leserkommentare und Inserate in Zeitungen wurden noch von mehr als der Hälfte der Stimmbevölkerung genutzt. Knapp die Hälfte nutzte jeweils Strassenplakate oder Meinungsumfragen.

Kommentare auf Online-Nachrichtenportalen, Mitteilungen am Arbeitsplatz, Videoclips und Filme im Internet, soziale Medien sowie die VoteInfo-App vom Bund wurden von Minderheiten genutzt. Allerdings fiel die Nutzungsintensität bei der VoteInfo-App weiterhin höher aus als bei den meisten anderen Medien (5.6).

Tabelle 7: Mediennutzung (Anteile in % der Stimmenden)

Informationskanäle	Nutzungsanteil in %	Nutzungsintensität Mittelwert	Anzahl Nennungen (ungewichtet)
Artikel in Zeitungen	85	6.4	1588
Das Bundesbüchlein	84	6.8	1608
Abstimmungssendungen am Fernsehen	73	6	1398
News-Seiten im Internet	64	5.5	1202
Abstimmungssendungen am Radio	60	5.4	1152
Abstimmungszeitungen oder Flyers	60	4.8	1127
Leserbriefe in Zeitungen oder Leserkommentare in Internetforen	54	4.5	993
Inserate in Zeitungen	51	4	937
Strassenplakate	50	3.5	909
Meinungsumfragen	47	4.2	862
Kommentare auf Online-Nachrichtenportalen	41	4.4	771
Mitteilungen am Arbeitsplatz	34	4.2	593
Filme und Videoclips im Internet, zum Beispiel auf YouTube	31	4.3	568
Soziale Medien wie Facebook, Twitter/X oder Instagram	30	4.3	550
VoteInfo-App vom Bund	29	5.6	544

Gewichtete Resultate. Bemerkungen: Die zweite Spalte («Nutzungsanteil in %») gibt den Anteil Stimmender an, welche die jeweiligen Informationskanäle genutzt haben. Die dritte Spalte («Nutzungsintensität») informiert hingegen darüber, wie stark das jeweilige Medium genutzt wurde (arithmetischer Mittelwert der Nutzungsintensität zwischen 1 und 10). Dafür wurden nur die Angaben der tatsächlichen Nutzerinnen und Nutzer des jeweiligen Mediums berücksichtigt. Die Anzahl Nennungen bezieht sich ebenfalls auf die Nutzerinnen und Nutzer des jeweiligen Mediums. Total: n = 1'919.

Die grundsätzliche Mediennutzung hatte bei der Umweltverantwortungsinitiative einen moderaten Zusammenhang mit der Richtung der Stimmabgabe. Stimmberechtigte, die sich ausschliesslich online über politische Themen informieren, stimmten deutlich

häufiger «Ja» zur Initiative im Vergleich zu Personen, die sich nur offline oder in ausgeglichenem Masse online und offline informieren.

Tabelle 8: Polit-Informationsmodus (in % der Stimmenden)

Kommunikationskanäle	Umweltverantwortungsinitiative		
	Ja-Stimmende in %	n	Standardfehler
online (über das Internet)	44	340	± 5.3
beides etwa gleich	28	809	± 3.1
offline (Printmedien, Fernsehen oder Radio)	27	644	± 3.4
N (total) / Cramér's V			V=0.14***

Gewichtete Resultate. Lesebeispiel: Von allen, die als Kommunikationskanal «online» angegeben und bei der Umweltverantwortungsinitiative abgestimmt haben, stimmten 44 Prozent Ja.

4 Umweltverantwortungsinitiative

4.1 Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen

Die Volksinitiative «Für eine verantwortungsvolle Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen (Umweltverantwortungsinitiative)» kam am 22. März 2023 mit 105'940 gültigen Unterschriften zustande. Die Initiative der Jungen Grünen verlangt, dass wirtschaftliche Tätigkeiten die Lebensgrundlagen schützen sollen, indem nicht mehr Energie und Rohstoffe verbraucht sowie Schadstoffe ausgestossen werden als für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen notwendig seien. Dies soll durch einen Wirtschaftswandel möglich werden: Neu dürfte die Umweltbelastung, die durch den Konsum verursacht wird, die Grenzen der Belastbarkeit der Erde gemessen am Schweizer Anteil an der Weltbevölkerung nicht mehr überschreiten. Dieses Ziel soll innerhalb von zehn Jahren erreicht werden. Welche konkreten Massnahmen dazu getroffen werden müssten, lässt der Initiativtext offen.

Bundesrat und Parlament sprachen sich gegen die Initiative aus, ohne einen Gegenvorschlag auszuarbeiten. Die Umsetzung der Initiative hätte Preiserhöhungen und Erhöhungen der Lebenshaltungskosten zur Folge, was nicht mit der geforderten Sozialverträglichkeit zu vereinbaren wäre. Ausserdem würde durch zusätzliche Verbote und Regelungen der Wirtschaftsstandort Schweiz geschwächt werden. Um die Vorlage innerhalb der geforderten Frist umsetzen zu können, wären radikaler Verzicht und massive Einschränkungen des gewohnten Lebensstandards der Schweiz vonnöten. Im Nationalrat stimmten 133 Volksvertreter:innen «Nein» und 61 «Ja» bei einer Enthaltung. Im Ständerat lagen die Nein-Stimmen bei 31 und die Ja-Stimmen bei 11. Die Grossparteien aus dem Mitte- und Rechtsspektrum lehnten die Initiative ab. Die SP und die Grünen fassten hingegen die Ja-Parole. Ausserdem wurde die Initiative von diversen Umweltorganisationen und NGOs wie Greenpeace und ProNatura unterstützt.

Am 9. Februar 2025 wurde die Umweltverantwortungsinitiative mit deutlichen 69.8 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt. In keinem Kanton erreichte die Vorlage eine Mehrheit. Die Ablehnung war im Kanton Schwyz mit 84.6 Prozent am höchsten. Den höchsten Ja-Anteil gab es im Kanton Basel-Stadt mit 45.3 Prozent.

4.2 Der Stimmentscheid nach politischen und sozialen Merkmalen

DIE POLITISCHEN EINSTELLUNGEN liefern Hinweise für das Nein zur Umweltverantwortungsinitiative (Tabelle 9).

INSGESAM zeigen sich stark von der politischen Ausrichtung und von Orientierungen der Menschen in Umwelt- und Wirtschaftsfragen geprägte Entscheidungen. Das drückt sich beispielhaft entlang der **POLITISCHEN SELBSTPOSITIONIERUNGEN** auf der Links-Rechts-Achse, bei der **PARTEISYMPATHIE**, beim **VERTRAUEN IN UNTERSCHIEDLICHE POLITISCHE AKTEURE** und bei der **WERTEHALTUNG** aus. Je weiter links sich eine Person selbst einstuft, desto höher war die Zustimmung zur Vorlage. Darüber hinaus haben Personen, die mit einer linken Partei sympathisieren, deutlich häufiger «Ja» gestimmt. Hohes Vertrauen in Klimaaktivist:innen oder in Umweltverbände hat ebenfalls zu einer deutlich höheren Zustimmung geführt, während hohes Vertrauen in Wirtschaftsverbände mit einem tieferen Ja-Anteil korreliert.

Im **DETAIL** zeigt sich ein sehr grosser Graben zwischen den politischen Polen: 90 Prozent der Stimmberechtigten, die sich als «links aussen» einschätzen, haben «Ja» gestimmt. Unter den Personen, die sich als «rechts aussen» einstufen, sind es hingegen nur 5 Prozent Ja-Stimmende. Links ausgerichtete Stimmbürger:innen haben die Initiative mehrheitlich angenommen (56% Ja-Stimmende), bei Personen der politischen Mitte ist die Zustimmung aber bereits sehr tief (21%). Sympathisierende der Grünen, deren Jungpartei die Initiative lanciert hat, haben die Vorlage überwiegend angenommen (94%). Die Zustimmung beträgt unter SP-Anhänger:innen zwei Drittel. Bei Sympathisierenden anderer Parteien fand die Initiative jedoch keine Mehrheit.

Sehr hohes oder hohes **VERTRAUEN** in Klimaaktivist:innen (88% bzw. 68%) respektive sehr hohes Vertrauen in Umweltverbände (77%) haben ebenfalls zu einer hohen Zustimmung geführt. Allerdings stimmten weniger als die Hälfte der Personen mit hohem Vertrauen in die Umweltverbände der Initiative zu (38%). Auch unter Personen mit sehr hohem oder hohem» Vertrauen in die Wissenschaft erreichte die Vorlage keine Mehrheit (41% bzw. 23%). Zudem gilt: Je höher das Vertrauen in Wirtschaftsverbände ist, desto tiefer fiel der Zustimmungswert zur Initiative aus. Es zeigt sich auch ein leicht negativer Zusammenhang zwischen (sehr) hohem Vertrauen in die Regierung und dem Ja-Anteil zur Umweltverantwortungsinitiative.

WERTEHALTUNGEN können das Stimmverhalten ebenfalls miterklären: Wem der Umweltschutz wichtiger als der wirtschaftliche Wohlstand ist, hat viel eher «Ja» gestimmt (75%). Wer den wirtschaftlichen Wohlstand bevorzugt oder eine zwischen Umweltschutz und Wohlstand gemischte Werthaltung hat, stimmte klar «Nein» (7% resp. 17% Ja-Anteil).

Tabelle 9: Stimmverhalten nach politischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramér's V / Standardfehler
total	30.2	1875	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V=0.62***
linksaussen (0-2)	90	240	± 3.8
links (3-4)	56	355	± 5.2
Mitte (5)	21	430	± 3.9
rechts (6-7)	9	396	± 2.8
rechtsaussen (8-10)	5	319	± 2.4
Parteisympathie			V=0.66***
SVP	5	385	± 2.2
FDP	7	294	± 2.9
Die Mitte	14	238	± 4.4
GLP	37	114	± 8.9
SP	67	337	± 5
Grüne	94	136	± 4
andere Partei	45	109	± 9.4
keine	20	136	± 6.8
Vertrauen in Bundesrat			V=0.08*
sehr gering bis gering (0-4)	34	288	± 5.5
mittel (5)	34	393	± 4.7
hoch (6-7)	32	503	± 4.1
sehr hoch (8-10)	25	595	± 3.5
Vertrauen in Wirtschaftsverbände			V=0.33***
sehr gering bis gering (0-4)	48	717	± 3.7
mittel (5)	23	502	± 3.7
hoch (6-7)	14	332	± 3.7
sehr hoch (8-10)	11	161	± 4.9
Vertrauen in Wissenschaft			V=0.24***
sehr gering bis gering (0-4)	16	193	± 5.2
mittel (5)	15	230	± 4.6
hoch (6-7)	23	395	± 4.2
sehr hoch (8-10)	41	954	± 3.1
Vertrauen in Umweltverbände			V=0.59***
sehr gering bis gering (0-4)	6	645	± 1.8

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramér's V / Standardfehler
mittel (5)	19	366	± 4
hoch (6-7)	38	389	± 4.8
sehr hoch (8-10)	77	386	± 4.2
Vertrauen in Klima-Aktivistinnen und -Aktivisten			V=0.62***
sehr gering bis gering (0-4)	10	1099	± 1.8
mittel (5)	44	276	± 5.9
hoch (6-7)	68	226	± 6.1
sehr hoch (8-10)	88	201	± 4.5
Wertehaltung: A) eine Schweiz, in der Umweltschutz wichtiger ist als der wirtschaftliche Wohlstand, oder B) eine Schweiz, in der wirtschaftlicher Wohlstand wichtiger ist als der Umweltschutz			V=0.61***
Umweltschutz wichtiger	75	529	± 3.7
gemischte Wertehaltung	17	798	± 2.6
wirtschaftlicher Wohlstand wichtiger	7	418	± 2.5

Die aufgeführten soziodemographischen Merkmale (Tabelle 10) zeigen verschiedene signifikante Unterschiede gemäss Cramér's V. Befragte unter 40 Jahren stimmten der Umweltverantwortungsinitiative eher zu als ältere Stimmberechtigte: Mit steigendem **ALTER** sinkt der Ja-Anteil deutlich. Hinsichtlich des **GESCHLECHTS** zeigen sich ebenfalls Unterschiede. Zwar haben sowohl Männer als auch Frauen die Vorlage mehrheitlich abgelehnt, aber der Ja-Anteil fällt bei Frauen deutlich höher aus (35%) als bei Männern (26%). Die Unterschiede nach **BILDUNG** sind auch deutlich: Etwas weniger als die Hälfte der Personen mit akademischer Bildung hat die Umweltverantwortungsinitiative unterstützt (46%), aber nur knapp ein Fünftel der Stimmberechtigten mit einer beruflichen Grundbildung tat dies (19%). Bezüglich dem **EINKOMMEN** zeigen sich keine signifikanten Unterschiede im Stimmverhalten.

Tabelle 10: Stimmverhalten nach soziodemographischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramérs V / Standardfehler
total	30.2	1875	
Alter			V=0.13**
18-29 Jahre	41	183	± 7.2
30-39 Jahre	40	189	± 7
40-49 Jahre	29	269	± 5.4
50-59 Jahre	31	340	± 4.9
60-69 Jahre	28	425	± 4.3
70 Jahre und älter	24	469	± 3.9
Geschlecht			V=0.09***
Mann	26	924	± 2.8
Frau	35	951	± 3
Bildungsgrad			V=0.23***
keine nachobligatorische Bildung	30	168	± 7
Berufliche Grundbildung/Berufslehre	19	601	± 3.1
Maturität/höhere Berufsbildung	28	495	± 4
Fachhochschule/Uni/ETH/Doktorat	46	548	± 4.2
Haushaltseinkommen			V=0.06
bis CHF 3000	37	80	± 10.7
CHF 3-5000	34	198	± 6.6
CHF 5-7000	36	296	± 5.5
CHF 7-9000	28	275	± 5.3
CHF 9-11 000	29	252	± 5.6
über CHF 11 000	33	489	± 4.2

4.3 Die Motive

Die wichtigsten Gründe für ein «Ja» bzw. ein «Nein» wurden mit einer offenen Frage erhoben. Die **JA-MOTIVE** (Tabelle 11) lassen sich in drei Überkategorien gliedern: «Umweltschutz» (99% aller Hauptgründe, 134% aller Nennungen), «Dringlichkeit/Notwendigkeit» (21% resp. 31%) und «Chance für die Schweiz» (3% resp. 5%).

Motive rund um das Thema **UMWELTSCHUTZ** wurden mit Abstand am häufigsten genannt: Zunächst ging es in diesem Bereich um das Wohl künftiger Generationen (14% aller genannten Hauptgründe, 20% aller Nennungen), in zweiter Linie um «verantwortungsvoll

leben» (10% resp. 17%) sowie um die Bekämpfung des Klimawandels (14% resp. 17%). Die zweite Kategorie bezieht sich auf die **DRINGLICHKEIT/NOTWENDIGKEIT** zu handeln. Sowohl das Argument, dass Massnahmen gegen den Klimawandel überfällig seien (3% aller Hauptgründe, 5% aller Nennungen), als auch die Begründung, dass die Politik nicht genügend unternehme (2% resp. 5%) oder dass späteres Handeln Mehrkosten verursachen würde (1% resp. 1%) wurden von den Ja-Stimmenden als Motive genannt. Ausserdem betonten einzelne Personen, dass die Initiative eine **CHANCE FÜR DIE SCHWEIZ** sei: Die Schweiz würde dank einer Annahme der Initiative eine Vorbildfunktion einnehmen (1% resp. 2%) oder nachhaltige Innovationen stimulieren (0% resp. 1%).

Tabelle 11: Entscheidungsgründe Pro (in % der Ja-Stimmenden)

Gründe	Hauptgrund		Alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
Umweltschutz	99	600	134	817
Künftige Generationen	14	82	20	119
Verantwortungsvoll leben	10	65	17	106
Klimawandel bekämpfen	14	81	17	100
Dringlichkeit/Notwendigkeit	21	125	31	176
Massnahmen gegen Klimawandel überfällig	3	23	5	30
Politik unternimmt nicht genügend	2	15	5	25
Später handeln verursacht Mehrkosten	1	3	1	5
Chance für die Schweiz	3	17	5	33
Vorbildfunktion	1	6	2	12
Nachhaltige Innovationen stimulieren	0	2	1	4
Allgemeines	16	102	32	201
Anderes	0	0	0	0
Empfehlungen	1	8	4	21
offensichtlich falsche Antworten/Verwechslungen	0	1	0	3
weiss nicht/keine Antwort	20	131	77	501

Gewichtete Resultate. Die Befragten notierten häufig mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb höher als 100 Prozent.

Die **NEIN-MOTIVE** können in drei Hauptkategorien aufgeteilt werden, wobei erstere besonders bedeutsam war: «Umsetzung» (64% aller Hauptgründe resp. 75% aller Nennungen), «wirtschaftliche Konsequenzen» (21% resp. 28%) und «aktuelle Klimapolitik genügt» (11% resp. 16%).

Nein-Stimmende bemängelten vor allem die mögliche **UMSETZUNG** des Volksbegehrens. Viele Personen, die gegen die Umweltverantwortungsinitiative gestimmt haben, empfanden die Umsetzung als zu extrem (33% aller Hauptgründe resp. 37% aller Nennungen). Manche befürchteten gar, die Initiative sei gar nicht umsetzbar (12% resp. 15%). Ebenso lehnten einige das Vorhaben aus Sorge über neue Verbote oder Vorschriften ab (6% resp. 8%). Ein weiterer Grund für das «Nein» waren die erwarteten **WIRTSCHAFTLICHEN KONSEQUENZEN**. Zu dieser Kategorie gehören die Befürchtung von Preisanstiegen (3% aller genannten Hauptgründe, 4% aller Nennungen), von der Bedrohung des Wohlstands in der Schweiz (2% resp. 3%) sowie von einer verringerten wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit (1% resp. 1%). Etwas weniger im Zentrum stand für die Nein-Stimmenden der dritte Bereich **AKTUELLE KLIMAPOLITIK GENÜGT**. Am häufigsten wurde hierzu das Argument genannt, dass die Schweiz als kleines Land den Klimawandel nicht beeinflussen könne

(4% resp. 5%). Damit verbunden ist die Haltung, dass andere Länder mehr machen müssen im Kampf gegen den Klimawandel (3% resp. 4%).

Tabelle 12: Entscheidungsgründe Kontra (in % der Nein-Stimmenden)

Gründe	Hauptgrund		alle Nennungen	
	in %	N	in %	n
Umsetzung	64	793	75	927
Zu extrem	33	411	37	452
Nicht umsetzbar	12	146	15	181
Verbote/Vorschriften befürchtet	6	74	8	92
Wirtschaftliche Konsequenzen	21	254	28	339
Preisanstiege	3	35	4	51
Bedrohung des Wohlstands	2	20	3	30
Verringerung der Wettbewerbsfähigkeit	1	10	1	17
Aktuelle Klimapolitik genügt	11	144	16	215
Als kleines Land kann die Schweiz den Klimawandel nicht beeinflussen	4	47	5	69
Andere Länder müssen mehr machen	3	35	4	60
Allgemeines	0	0	0	0
Anderes	1	15	2	30
Empfehlungen	0	1	0	1
offensichtlich falsche Antworten/Verwechslungen	25	318	101	1282
weiss nicht/keine Antwort	0	0	0	0

Gewichtete Resultate. Die Befragten notierten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten notierten. Das Summentotal ist deshalb höher als 100 Prozent.

4.4 Die Resonanz der Abstimmungsargumente

Den Befragten wurden auch verschiedene Pro- und Kontra-Argumente zur Beurteilung vorgelegt (Tabelle 13). Relevant für die Analyse dieser Argumente ist nicht nur die Zustimmung oder Ablehnung insgesamt, sondern auch, welche Argumente die Ja- und Nein-Stimmenden spalten. Grosse Unterschiede in der Bewertung der Argumente zwischen den beiden Lagern sind Hinweise darauf, dass diese Argumente für den Entscheid besonders relevant waren.

Die Stimmenscheide fielen inhaltlich eher stark fundiert aus²: 67 Prozent der Stimmenden waren mit den Pro- oder Kontra-Argumenten im Durchschnitt einverstanden und haben auch entsprechend ihrer argumentativen Haltung gestimmt.

INSGESAMT haben sowohl die Pro- als auch die Kontra-Argumente jeweils eine Mehrheit der Teilnehmenden überzeugt. Die Pro-Argumente wurden von den Befürwortenden der Initiative fast einstimmig unterstützt (91% bis 93%). Die Kontra-Argumente erfuhren bei der Gegnerschaft ebenfalls grossen Anklang, allerdings in etwas weniger ausgeprägtem Mass (66%–80%). Dennoch haben gewisse Pro-Argumente auch im Lager der Gegnerschaft mehrheitliche Unterstützung erfahren: Über 60 Prozent der Nein-Stimmenden waren mit den Argumenten einverstanden, dass die Folgen der Übernutzung der Natur heute schon sichtbar sind (64%), sowie dass Grosskonzerne auf Kosten der Umwelt nach Profit streben und dafür zur Verantwortung gezogen werden müssten (61%). Im Gegenzug war etwas weniger als die Hälfte der Ja-Stimmenden mit dem Kontra-Argument einverstanden, dass eine Annahme der Initiative zu massiven Einschränkungen des gewohnten Lebensstandards führen würde (44%).

IM DETAIL überzeugten die **PRO-ARGUMENTE** zu den bereits sichtbaren Folgen der Übernutzung der natürlichen Ressourcen sowie zum negativen Einfluss von Grosskonzernen auf die Umwelt die meisten Ja-Stimmenden (beide 93%). Auch im Nein-Lager fanden diese beiden Argumente solide Mehrheiten (64% bzw. 61%). Zudem waren 91 Prozent der Befürworter:innen damit einverstanden, dass die Schweiz nicht nur ihre inländische Umweltbelastung reduzieren muss, sondern auch Verantwortung für im Ausland verursachte ökologische Schäden übernehmen sollte. Bezüglich der Umweltbelastung im Ausland bestand die grösste Diskrepanz zwischen dem Ja- und dem Nein-Lager, wobei fast die Hälfte der Nein-Stimmenden auch diesem Pro-Argument zustimmte (48%). Alle drei Argumente für die Initiative erhielten vom Total der Stimmberechtigten insgesamt hohe Zustimmung (61 bis 72%).

Bei den drei **KONTRA-ARGUMENTEN** hat die Aussage, dass der Schweizer Wirtschaftsstandort durch neue Verbote geschwächt werden könnte, am stärksten polarisiert: 80 Prozent der Nein-Stimmenden waren damit einverstanden. Hingegen überzeugte das Argument nur 26 Prozent der Befürworter:innen. Insgesamt haben 63 Prozent der Stimmenden dieses Argument unterstützt. Das Argument, wonach die Umsetzung der Initiative zu höheren Lebenshaltungskosten führen würde, erhielt fast ebenso hohe Zustimmung im Nein-Lager (78%). 30 Prozent der Ja-Stimmenden waren damit einverstanden. Übers Ganze gesehen stimmten 63 Prozent der Stimmberechtigten dem Argument zu den Lebenshaltungskosten zu – analog zum Argument rund um den Wirtschaftsstandort Schweiz. Schliesslich waren zwei Drittel der Gegner:innen der Meinung, dass die Initiative den Lebensstandard in der Schweiz einschränken würde (66%). Dieses Kontra-Argument fand auch bei relativ vielen Ja-Stimmenden Anklang (44%), und die Gesamtzustimmung lag bei 58 Prozent.

² [Link zu SPSR-Artikel von Milic \(2015\)](#)

Tabelle 13: Pro- und Kontra-Argumente im Total und die Anteile der Ja- und Nein-Stimmenden (in %)

Pro-Argumente		einverstanden	nicht einverstanden	weiss nicht / keine Angabe
Die Folgen der Übernutzung der natürlichen Ressourcen zeigen sich schon heute deutlich: Extremwetterereignisse wie Überschwemmungen und Hitzewellen gefährden unsere Zukunft.	total	72	21	7
	Ja-Stimmende	93	4	3
	Nein-Stimmende	64	28	8
Grosskonzerne streben uneingeschränkt nach Profit, oft auf Kosten unserer Umwelt und Gesellschaft. Es ist an der Zeit, die Verantwortlichen für die Umweltzerstörung in die Pflicht zu nehmen.	total	71	23	7
	Ja-Stimmende	93	4	3
	Nein-Stimmende	61	31	7
Die Schweiz muss nicht nur ihre inländische Umweltbelastung reduzieren, sondern auch Verantwortung für die ökologischen Schäden übernehmen, die sie im Ausland verursacht.	total	61	33	7
	Ja-Stimmende	91	5	4
	Nein-Stimmende	48	44	8
Kontra-Argumente				
Die Initiative zwingt zu radikalem Verzicht und massiven Einschränkungen des gewohnten Lebensstandards in der Schweiz.	total	58	32	9
	Ja-Stimmende	44	50	6
	Nein-Stimmende	66	24	10
Es ist riskant, die Schweizer Wirtschaft mit zusätzlichen Verboten und Regelungen zu belasten und damit den Wirtschaftsstandort Schweiz zu schwächen.	total	63	28	8
	Ja-Stimmende	26	68	7
	Nein-Stimmende	80	12	8
Die Umsetzung der Vorlage treibt die Preise und somit die Lebenshaltungskosten in der Schweiz in die Höhe, was der geforderten Sozialverträglichkeit widerspricht.	total	63	27	10
	Ja-Stimmende	30	61	9
	Nein-Stimmende	78	13	9

Es handelt sich um gewichtete Resultate. Angegeben sind Zeilenprozente. Aufgrund von Rundungen betragen die Zeilentotale nicht überall 100 Prozent. Lesebeispiel zum ersten Argument: 72 Prozent aller Stimmenden (sowie 93% aller Ja-Stimmenden bzw. 64% aller Nein-Stimmenden) pflichteten dem Pro-Argument bei, dass die Folgen der Übernutzung der natürlichen Ressourcen sich heute schon zeigen in Form von Extremwetterereignissen. 21 Prozent aller Stimmenden zeigten sich damit nicht einverstanden und 7 Prozent antworteten mit «weiss nicht / keine Angabe» N für alle Argumente: Total 1'978 Ja-Stimmende 623, Nein-Stimmende 1252.

5 Anhang

5.1 Technischer Bericht

Der hier vorliegende VOX-Bericht beruht auf der Nachbefragung zur eidgenössischen Abstimmung vom 9. Februar 2025, die das Forschungsinstitut gfs.bern im Auftrag der Schweizerischen Bundeskanzlei realisiert hat. Die Befragung wurde zwischen dem 10. Februar und dem 2. März 2025 durchgeführt. Nachfolgende Tabelle liefert eine Übersicht über die technischen Eckwerte der Studie:

Tabelle 18: Technischer Kurzbericht

Merkmal	Ausprägung
Auftraggeberin	Schweizerische Bundeskanzlei
Grundgesamtheit	Stimmberechtigte mit Wohnsitz in der Schweiz
Herkunft der Adressen	Stichprobenrahmen für Personen- und Haushaltserhebungen SRPH Bundesamt für Statistik BFS
Datenerhebung	Papierfragebogen und Online
Art der Stichprobenziehung geschichtet nach	at random Sprachregionen, Alter, Geschlecht
Befragungszeitraum	10. Februar bis 2. März 2025
Stichprobengrösse	minimal 3'000 effektiv 3'437 (Papier: 1'382 Online: 2'055) n DCH: 2'072 n FCH: 916 n ICH: 449 (Papier: n DCH: 756 n FCH: 427 n ICH: 199) (online: n DCH: 1'316 n FCH: 489 n ICH: 250)
Stichprobenfehler	± 1.7 Prozentpunkte bei einem Wert von 50 Prozent (und 95%iger Wahrscheinlichkeit)

5.1.1 Datenerhebung

Die Datenerhebung erfolgte mit einem Mixed-Mode-Setting (Online- oder Papierfragebogen). Am Tag nach der Abstimmung erhalten die Zielpersonen aus der Bruttostichprobe ein postalisches Einladungsschreiben zur Teilnahme an der Befragung. Dem Einladungsschreiben wird ein Papierfragebogen beigelegt, um den Zielpersonen eine wahlweise Teilnahme auf diesem Weg zu ermöglichen.

Rund eine Woche nach Eintreffen des Einladungsschreibens wird ein Erinnerungsschreiben an alle Zielpersonen versendet, die bis dahin den Fragebogen weder online noch schriftlich ausgefüllt haben.

5.1.2 Bruttostichprobe

Grundlage der Erhebung bildet eine Stichprobe aus dem Stichprobenrahmen für Personen- und Haushaltserhebungen (SRPH) des Bundesamtes für Statistik (BFS). Der Stichprobenrahmen verwendet Daten aus den Einwohnerregistern der Gemeinden und der Kantone, die quartalsweise aktualisiert werden. So wird eine umfassende Abdeckung der Zielpopulation (Schweizer Stimmberechtigte) gewährleistet.

Die Bruttostichprobe wird nach Sprachregionen, Alter und Geschlecht geschichtet. Die Grundgesamtheit wird dabei in drei sprachregionale Schichten unterteilt (D/F/I), aus denen je unabhängige Zufallsstichproben gezogen werden. Die so resultierende Gesamtstichprobe ist disproportional geschichtet: Teilnehmende aus der französischen und italienischen Schweiz sind in der Stichprobe überproportional vertreten, um ausreichend Fälle aus diesen Sprachregionen in der Befragung zu erfassen. So sind Aussagen auch für die kleineren Sprachregionen statistisch verlässlich. Ein designbasiertes Gewichtungungsverfahren korrigiert dieses Übergewicht in der späteren Auswertung der Daten für nationale Aussagen (siehe 5.1.4 Gewichtung).

Beim BFS wurden 7'500 Adressen bestellt. Erhalten haben wir 7'444 Adressen sowie eine nicht verwendete Reserve von 1'466 Adressen. Diese Adressen bilden die Grundlage für die Befragung.

5.1.3 Nettostichprobe

Die durch die Umfrage generierte Nettostichprobe der VOX-Analyse zur Abstimmung vom 9. Februar 2025 umfasst insgesamt 3'437 Befragte (Ausschöpfung: 47%), wovon 60 Prozent aus der Deutschschweiz (n=2'072), rund 27 Prozent aus der französischsprachigen Schweiz (n=916) und rund 13 Prozent aus der italienischen Schweiz (n=449) stammen.

Tabelle 19: Ausschöpfung der Adressen

Merkmal	N
Bruttostichprobe SRPH	7'444
Postretouren/verstorbene Zielpersonen	103
total gültige Adressen	7'341
Verweigerung/Abmeldungen	45
total realisierte Interviews	3'542
keine Rückmeldung trotz Erinnerungsschreiben	3'754
Löschungen aus Qualitätsgründen	105
final verwendete Interviews	3'437

Diejenigen, die an der Abstimmung teilgenommen haben, sind in der Stichprobe deutlich übervertreten, die Abweichung (+20,5 Prozentpunkte) bewegt sich aber im bekannten Rahmen (siehe andere VOX-Analysen). Die Abweichung zwischen ungewichteter Stichprobe und effektivem Resultat gemessen am Ja-Anteil beträgt +3,0 Prozentpunkte bei der Umweltverantwortungsinitiative.

Die erhobenen Daten wurden durch gfs.bern validiert und plausibilisiert. 105 Interviews genügten den Qualitätsansprüchen nicht und wurden aus dem finalen Datensatz entfernt.

Offene Fragen wurden entlang eines qualitativ erstellten Codebuchs automatisch gestützt codiert. Im finalen Datensatz sind die codierten Antworten wie auch die Originalnennungen der Befragten enthalten.

Die Daten wurden vor der Auswertung anonymisiert. Alle Angaben zur konkreten Person und zum Wohnort wurden aus Gründen des Datenschutzes vernichtet.

Der anonymisierte Datensatz zur vorliegenden VOX-Analyse sowie das dazugehörige Codeschema sind bei Swissvotes ([Swissvotes.ch](https://www.swissvotes.ch)) frei zugänglich.

5.1.4 Gewichtung

In einem ersten Schritt wird die Nettostichprobe als Gesamtes in einem designbasierten Gewichtungsverfahren gewichtet. Im Zentrum dieser designbasierten Gewichtung steht die Korrektur des Oversamplings in der französisch- und italienischsprachigen Schweiz.

In einem zweiten Schritt wird die «Unit Non Response» (das heisst fehlende Fälle) adressiert. Die Gewichtung wird dazu anhand soziodemographischer, geographischer und politischer Merkmale (namentlich Alter, Geschlecht, Sprache, Kanton, Parteipräferenz, Beteiligung und Stimmverhalten) kalibriert, sodass die Nettostichprobe der Schweizerischen Grundgesamtheit entspricht. Hierfür wird ein automatisiertes Gewichtungsschema gewählt, in dem die Gewichtung nach vordefinierten Kriterien hinsichtlich der maximalen Abweichung maschinell erstellt wird. Die Häufigkeit sowie Reihenfolge der verschiedenen Gewichtungsschritte erfolgt rein auf Basis quantitativer Kennzahlen, d.h. maximalen Abweichungen.

Ein spezieller Fokus wird auf die Gewichtung der Abstimmungsbeteiligung gelegt. Für die möglichst optimale Modellierung der Beteiligung wird nicht nur auf Realdaten der Abstimmung zurückgegriffen, sondern zusätzlich auf historische Beteiligungsdaten nach Alter, Geschlecht und Sprachregion.

Mittels maschinellern Lernen werden in einem dritten Schritt die Zusammenhänge zwischen Abstimmungsteilnahme und -verhalten sowie demographischen Merkmalen identifiziert. Die Schätzung der Zusammenhänge erlaubt eine Projektion der Erkenntnisse auf die Daten der schweizerischen Strukturerhebung. Innerhalb dieser Daten sind Auswertungen auf der kleinsten geographischen Einheit (Gemeindeebene) möglich. Anschliessend wird mittels «One-Hot-Encoding» anhand der relativen Schätzungen zu Teilnahme und Stimmverhalten sowie realen Gemeindedaten die wahrscheinlichste Verteilung von individueller Abstimmungsbeteiligung und Stimmverhalten bestimmt.

Die Gewichtung der ausgewählten demographischen und politischen Messgrössen in den gesammelten Daten wird schliesslich in einem vierten Schritt anhand dieser Strukturdaten vollzogen. Der Aufbau der Strukturdaten erlaubt es, die politische Gewichtung nicht rein auf Basis geografischer Merkmale durchzuführen. Vielmehr können durch die vorhandenen Merkmale definierte Personengruppen entsprechend ihren modellierten Werten gewichtet werden.

Die Gewichtung der Vorlage mit der höchsten Stimmbeteiligung dient als Gewichtung für Auswertungen über den gesamten Datensatz. Für vorlagenspezifische Auswertungen werden die jeweiligen Gewichtungen verwendet.

5.1.5 Auswertung und Standardfehler

Befragungswerte unterliegen stets einem Zufallsfehler. In der VOX-Analyse wird für jeden ermittelten Wert das 95 Prozent-Konfidenzintervall ausgewiesen. Dieses gibt die Bandbreite an, innerhalb welcher der wahre Wert in der Grundgesamtheit mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent zu liegen kommt.

Das Konfidenzintervall ist vom Stichprobenumfang wie auch der Verteilung der Variablenwerte abhängig. Bei einem ausgeglichenen Verhältnis von Ja- und Nein-Stimmenanteilen (d.h. einem Anteil von 50 % Ja-Stimmen und 50 % Nein-Stimmen) und einem Stichprobenumfang von rund 1'000 Befragten beträgt der Standardfehler ± 3.2 Prozentpunkte. Mit anderen Worten: Der tatsächliche Stimmenanteil würde in diesem Beispiel mit einer 95-Prozent-Wahrscheinlichkeit zwischen 46.8 und 53.2 Prozent (Konfidenzintervall) liegen.

Die Länge des Konfidenzintervalls erhöht sich mit abnehmender Befragtenzahl. Vor allem bei kleinen Subgruppen erhöht sich der Standardfehler auf ein Mass, welches die statistische Aussagekraft der Stichprobenwerte erheblich beeinträchtigt.

Tabelle 20: Standardfehler

ausgewählte statistische Standardfehler nach Stichprobengrösse und Basisverteilung		
Stichprobengrösse	Standardfehler Basisverteilung	
	50% zu 50%	20% zu 80%
N = 3'000	± 1.8 Prozentpunkte	± 1.4 Prozentpunkte
N = 2'200	± 2.1 Prozentpunkte	± 1.7 Prozentpunkte
N = 1'000	± 3.2 Prozentpunkte	± 2.5 Prozentpunkte
N = 600	± 4.1 Prozentpunkte	± 3.3 Prozentpunkte
N = 100	± 10.0 Prozentpunkte	± 8.1 Prozentpunkte
N = 50	± 14.0 Prozentpunkte	± 11.5 Prozentpunkte

Lesebeispiel: Bei rund 1'000 Befragten und einem ausgewiesenen Wert von 50 Prozent liegt der effektive Wert zwischen 50 Prozent ± 3.2 Prozentpunkte, bei einem Basiswert von 20 Prozent zwischen 20 Prozent ± 2.5 Prozentpunkte. Dabei setzt man in der Umfrageforschung zumeist ein Sicherheitsmass von 95 Prozent, das heisst man akzeptiert eine Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 Prozent, dass der nachgewiesene statistische Zusammenhang so in der Bevölkerung nicht vorhanden ist. Die Zahlenwerte basieren auf der Varianzformel für einfache Zufallsstichproben.

Bei der Analyse des Stimmentscheides wurden immer nur die Unterschiede im materiellen Entscheid, d.h. zwischen Ja- und Nein-Stimmenden untersucht. Jene Abstimmenden, die leer einlegten bzw. sich nicht erinnern konnten, wurden nicht berücksichtigt.

Als Beziehungsmass für bivariate Beziehungen wurde der Koeffizient Cramer's V verwendet. Bei diesem Koeffizienten kann bei einem Wert von Null von keinem Zusammenhang und bei einem Wert von Eins von einem vollständigen Zusammenhang ausgegangen werden (grosse Effektstärke gilt ab $V = 0.5$, mittlere Effektstärke ab $V = 0.3$ und kleine Effektstärke bis $V = 0.1$). Die Werte für unterschiedliche bivariate Beziehungen lassen sich allerdings nicht direkt vergleichen, da die Berechnung von Cramer's V von der Anzahl Merkmalskategorien und der Fallzahl abhängt.

5.2 Über die Studie

5.2.1 Das VOX-Projekt heute

Nach jeder eidgenössischen Abstimmung führt gfs.bern im Auftrag der Bundeskanzlei eine repräsentative Umfrage durch und befragt rund 3'000 zufällig ausgewählte Stimmberechtigte. Es interessieren die Motive der Stimmberechtigten für und gegen die Teilnahme und in Bezug zu den Entscheiden. Im Vorfeld jeder Abstimmung erstellt gfs.bern in Zusammenarbeit mit Dr. Sébastien Salerno den Fragebogen für die VOX-Umfrage. Das Rückgrat dieses Fragebogens bilden die Fragebogen früherer VOX-/VOTO-Nachanalysen. Um den Wert der Datenreihe zu erhalten, werden nur vorlagenspezifische Fragen (z.B. Argumente für oder gegen eine Vorlage) jedes Mal neu formuliert. Die Ausarbeitung des Fragebogens liegt ausschliesslich in der Kompetenz von gfs.bern.

Seit November 2020 wird die Befragung online und auf Papierfragebogen durchgeführt. Zuvor wurden die Daten telefonisch bei jeweils 1'500 Stimmberechtigten erhoben. Inhaltlich stehen Fragen zur Abstimmungsteilnahme, zu den Stimmentscheiden und zu den Argumenten im Zentrum. Darüber hinaus werden Werthaltungen und Angaben zur Mediennutzung bei Abstimmungen erfragt. Den Abschluss jeder Befragung bilden statistische Fragen (z.B. Bildungs- und Zivilstand, Herkunft, Wohnverhältnisse etc.), weil man um die Wichtigkeit solcher Variablen für politisches Entscheidverhalten weiss.

Nach Abschluss der Befragung werden sämtliche Daten anonymisiert. Weder Namen noch Adressen oder Geburtsdaten sind im Datensatz für die Analyse verfügbar. Die Kontaktdaten der Studienteilnehmenden werden nach Abschluss der Befragung gelöscht. Rückschlüsse auf einzelne Personen sind daher nicht möglich. Die Daten werden in anonymisierter Form veröffentlicht und können bei [Swissvotes](#) frei heruntergeladen werden. Die alten VOX-Datensätze sind demnächst ebenfalls verfügbar auf [Swissvotes](#); die alten VOX-Berichte sind es bereits.

5.2.2 Wer finanziert die VOX-Studien

Die Schweizerische Bundeskanzlei finanziert die VOX-Studien. Sie hat im Namen des Bundesrates eine öffentliche Ausschreibung gemacht und daraufhin das Forschungsinstitut gfs.bern beauftragt, die Umfragen für die laufende Legislatur durchzuführen.

Weitere Informationen finden sich auf vox.gfsbern.ch.

5.3 gfs.bern-Team

LUKAS GOLDER

Co-Leiter und Präsident des Verwaltungsrats gfs.bern, Politik- und Medienwissenschaftler, MAS FH in Communication Management, NDS HF Chief Digital Officer, Dozent an der Hochschule Luzern und dem KPM Universität Bern

✉ lukas.golder@gfsbern.ch



Schwerpunkte:

integrierte Kommunikations- und Kampagnenanalysen, Image- und Reputationsanalysen, Medienanalysen / Medienwirkungsanalysen, Jugendforschung und gesellschaftlicher Wandel, Abstimmungen, Wahlen, Modernisierung des Staates, gesundheitspolitische Reformen

Publikationen in Sammelbänden, in Fachmagazinen, in der Tagespresse und im Internet

TOBIAS KELLER

Projektleiter und Teamleader Data Analytics, Kommunikationswissenschaftler, Dr. phil.

✉ tobias.keller@gfsbern.ch



Schwerpunkte:

politische Kommunikation, Wahlen, Abstimmungen, (digitale) Kampagnen, Issue Monitoring, Image- und Reputationsanalysen, Medienanalysen, Digitalisierung, Social Media, computergestützte Methoden, quantitative Analysen

Publikationen in internationalen und nationalen Fachmagazinen, in der Tagespresse und im Internet



CORINA SCHENA

Projektleiterin

✉ corina.schena@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Wahlen, Abstimmungen, Gesundheitspolitik,
Gesundheitskampagnen, Image- und Reputationsanalysen,
qualitative und quantitative Methoden sowie Moderation



SARA RELLSTAB

Data Scientist

Ökonomin PhD

✉ sara.rellstab@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Datenanalyse, Programmierungen, Visualisierungen,
Recherchen, quantitative und qualitative Methoden



JENNY ROBERTS

Junior Data Scientist

✉ jenny.roberts@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Datenanalyse, Programmierungen, Visualisierungen,
Recherchen, quantitative und qualitative Methoden



MARGRET TSCHANZ

Projektmitarbeiterin/ Administration

✉ margret.tschanz@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Recherchen, Lektorate, Visualisierungen,
Projektadministration



ROLAND REY

Projektmitarbeiter / Administration

✉ roland.rey@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Desktop-Publishing, Visualisierungen,
Projektadministration, Vortragsadministration

gfs.bern ag
Effingerstrasse 14
CH – 3011 Bern
+41 31 311 08 06
info@gfsbern.ch
www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied des Verbands Schweizer Markt- und Sozialforschung und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter www.schweizermarktforschung.ch

 **SWISS INSIGHTS**
Corporate Member

gfs.bern 